

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 7. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 8. Dezember 2025
Beginn: 17:30 Uhr
Schluss: 19:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://e-publikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf (www.burgdorf.ch) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Philipp Schärf

Stimmenzähler Pascal Hebeisen, Marcel Suter

Mitglieder des Stadtrates Adrian Merz, Urs Wüthrich, Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Claudia Fankhauser, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Christian Hedinger, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jürg Kämpf, Karin Karrer-Siegenthaler, Fabian Käsermann, Shana Kuster, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, René Marti, Franziska Maurer Roschi, Viktoria Müller, Simon Reusser, Manfred Schaffer, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Marcel Suter, Ian Thompson, Beryll Veraguth, Anette Vogt, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti

Entschuldigt -

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Peter von Arb, Elias Maier, Michael Ritter

Entschuldigt -

Appell

Der durch den Stimmenzähler Hebeisen Pascal durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Liechti-Lanz Esther trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2025-937 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 3.11.2025

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 3. November 2025.

SRB: 2025-938 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp begrüsst die Anwesenden zur siebten und letzten Sitzung im Jahr 2025. Im Speziellen begrüsst er als Auskunftspersonen Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, Kummer Hans Rudolf, Leiter Bildungsdirektion, und Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion. Ganz speziell und ausdrücklich herzlich willkommen heisst der Vorsitzende Stadträtin Müller Vicky und Stadtrat Thompson Ian, die heute ihre letzte Sitzung mit uns verbringen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die letzte Sitzung des Jahres auch bedeutet, dass im Anschluss an die Sitzung das Jahresschlussessen stattfindet und man deshalb ein ziemliches enges Zeitbudget von zwei Stunden hat. Der SR und Gemeinderat (GR) werden deshalb gebeten, eine gewisse Rededisziplin an den Tag zu legen, zur Sache zu sprechen und sich so kurz wie möglich zu halten. In der Show Late Night Switzerland waren wir und das müssen wir nicht erneut schaffen. Je nach Sitzungsverlauf werden wir gewisse Traktanden, vor allem die Aufträge und Vorstösse, auf die nächste Sitzung verschieben. Dafür wird es aber einen Ordnungsantrag geben. Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Er hat an der Feier der 18-Jährigen in der Kulturhalle teilgenommen. Es war ein grundsätzliches Interesse an der Politik spürbar und es fand ein guter Austausch mit den Jugendlichen statt. Ein Wunsch der Jugendlichen ist besonders hervorgestochen, und zwar wünscht man sich eine Boulderhalle. Er hat an der Buchvernissage des Burgdorfer Jahrbuches 2026 teilgenommen. Es wurden satiri-

sche Texte, unter anderem aus den wilden 1960er-Jahren in Burgdorf zum Besten gegeben. Beim Besuch einer Oberstufenklasse Gsteighof im Gemeindesaal von letzter Woche haben der Vorsitzende, Stadtschreiber Ghioldi Stefan und Henzi Brigitte den Achtklässlern die politischen Gegebenheiten nähergebracht. Die Achtklässler sind jetzt besser gerüstet, um einen Jugendantrag auszuarbeiten und dann hoffentlich auch einzureichen. Letzten Freitag hat der Vorsitzende die Geburtstagsgrüsse der Stadt Burgdorf Wagner Verena überbracht, die ihren 100. Geburtstag feierte. Sie ist gelernte Damenschneiderin. Sie hat gezeigt, dass man auch mit 100 Jahren noch voller Elan und mit positiver Energie unterwegs sein kann. Weiter meinte sie, eine eigene Waschmaschine in der eigenen Wohnung sei schon ein Luxus. Das ging anders zu und her in den 40er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Beim gestrigen Adventsschaulaufen der Cool Dreams Burgdorf wurde gezeigt, weshalb sie in der Schweiz, aber auch bei der Weltspitze mitmachen. Es war grandios, was sie gezeigt haben, aber auch was an Zeit und finanziellen Ressourcen dahintersteckt. Bei der heutigen Vorbesprechung der Stadtratssitzung sind unerwartet noch drei Maurer-Wandergesellen aus Deutschland vorbeigekommen. Die Wandergesellen haben gute Sprüche, die der Vorsitzende leider nur halb verstanden hat, zum Besten gegeben. Mit dem Siegel der Stadt Burgdorf und einer kleinen Reiseunterstützung sind die drei Wandergesellen auf Jobsuche in der Schweiz weitergezogen.

SRB: 2025-939 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan kann eine erfreuliche Nachricht aus dem Grossrat überbringen. Nach 25 Jahren ist Burgdorf nun gleichberechtigt im FILAG wie Bern, Biel und Thun. Burgdorf erhält auch die Pauschalabgeltung, was für das Budget ab 1. Januar 2027 rund 1.7 Mio. Franken ausmacht. Bisher war es eine heilige Kuh, die man jetzt zusammen mit dem Langenthaler Stadtpräsidenten schlachten konnte. Man hofft, dass mit der anstehenden FILAG-Revision dieser Beitrag nicht wieder herausfällt. Man ist jedoch zuversichtlich, dass er drinbleibt. Es ist eine grosse Erleichterung, dass Burgdorf laut Gesetz nun gleichbehandelt wird.

SRB: 2025-940 | Registratur-Nr. 1.7.2
Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle 2025

Verhandlung

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK basierend auf diversen Reglementen im Auftrag des SR verschiedene Aufgaben wahrnimmt. Eine dieser Aufgabe ist die Oberaufsicht über die Verwaltung gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt die GPK unter anderem eine jährliche Kontrolle in der Verwaltung durch. Diese Verwaltungskontrolle kann als Audit verstanden werden und ist eine Momentaufnahme basierend auf Aussagen der befragten Mitarbeitenden der Verwaltung sowie eigener Beobachtungen. Die GPK behandelt diese Aussagen vorurteilslos und unpolitisch. Aus den Aussagen und den Beobachtungen leitet die GPK Erkenntnisse ab und formuliert zuhanden des GR einen Bericht mit möglichem Handlungsbedarf. Die GPK erteilt dabei keine Aufträge, sondern versteht sich als Hinweisgeber für Korrekturen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der GR im Nachgang einer Verwaltungskontrolle auf kritische Äusserungen in einer gemeinsamen Sitzung mit der GPK reagieren und sich dazu äussern kann. Damit

kann sichergestellt werden, dass der GR auf mögliche Fehlinterpretationen seitens der GPK reagieren kann. Die Einsichtnahme des Berichtes wird nur den Mitgliedern der GPK, dem GR sowie dem zuständigen leitenden Mitarbeitenden der Verwaltung, in diesem Fall Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, gewährt. Die Verwaltung und der GR entscheiden anschliessend selbst, wie sie mit dem Inhalt respektive dem darin formulierten Handlungsbedarf umgehen und diesen anderen Stellen zugänglich machen wollen. Für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der GPK ist diese Vertraulichkeit notwendig, damit die Interviewpartner sehr offen und transparent kommunizieren können. Am 21. August 2025 wurde die Verwaltungskontrolle in der Finanzdirektion durchgeführt. Kern der Erhebungen bildeten sechs Interviews mit Mitarbeitenden der Verwaltung auf allen Ebenen, welche von Zweier- beziehungsweise Dreier-Teams der GPK durchgeführt wurden. Die GPK dankt an dieser Stelle allen befragten Mitarbeitenden für die konstruktive Zusammenarbeit und die offene Information. Die Resultate der Erhebung wurden am gleichen Tag in den einzelnen Interviewteams respektive im Plenum der GPK zusammengetragen, im Verwaltungskontrollbericht zusammengeführt und mit Handlungsempfehlungen ergänzt. An der ordentlichen Sitzung der GPK vom 16. Oktober 2025 wurde die finale Version des Verwaltungskontrollberichtes verabschiedet und anschliessend den verantwortlichen Personen zugestellt. Die Vorbesprechung des Berichtes fand am 10. November 2025 statt. Als Teilnehmende anwesend seitens Finanzdirektion waren Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, und seitens der GPK Fankhauser Raphael, Sekretär GPK, Kämpf Jürg, Vizepräsident GPK, und Greisler Yves, Präsident GPK. Der Bericht wurde akribisch durchgearbeitet. Diese Vorbesprechung bildete zusammen mit dem Verwaltungskontrollbericht die Grundlage für die gemeinsame Sitzung der GPK mit dem GR vom 17. November 2025. Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Finanzdirektion, nachdem sie im Jahr 2020 nach der letzten Kontrolle auch einen guten Eindruck hinterlassen hat, diesen Eindruck in diesem Jahr erneut bestätigen konnte. Die sechs Interviewpartner wirkten auf die GPK motiviert und professionell. Die Struktur wird als gut funktionierend und sinnvoll empfunden. Es besteht Klarheit betreffend Zuständigkeiten, Aufgabe, Kompetenzen und Verantwortung der einzelnen Bereiche und Mitarbeitenden. Die direktionsinterne und direktionsübergreifende Zusammenarbeit funktioniert in den entsprechenden Bereichen grundsätzlich gut. Trotz dem guten Allgemeineindruck besteht ein gewisser Handlungsbedarf nach Auffassung der GPK unter anderem in der Kommunikation übergeordneter Ziele und politischer Strategien. Ein Optimierungspotential gibt es im Bereich vom Erkennen von Schlüsselprozessen, eine klare Regelung der Verantwortlichkeiten bei direktionsübergreifenden Projekten inklusive verbindlichen Fristen und dem Bewusstsein hinsichtlich Umgangs mit schützenswerten Daten. Die GPK hat den ehrlich positiven Eindruck, dass der GR und die Verwaltung den Handlungsbedarf erkannt haben und auch willens sind, Anpassungen vorzunehmen. Eine schriftliche Stellungnahme des GR betreffend der Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird der GPK bis zum 31. Oktober 2026 vorgelegt. Die GPK dankt an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit.

SRB: 2025-941 | Registratur-Nr. 1.7.2

Orientierung GPK; Datenschutz 2025

Verhandlung

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes jede Gemeinde im Kanton Bern eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz zu bestimmen hat. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Artikel 18 Absatz 1 des Kommissionsreglements und Artikel 10 des Datenschutzreglements die GPK mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt. Die GPK informiert dabei den SR jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Dazu dient ein Bericht, der auf der Website der Stadt Burgdorf veröffentlicht wird. Für das Jahr 2025 ist der Bericht erstellt worden. Die Aufschaltung folgt im Anschluss an die heutige Orientierung. Im Berichtsjahr wurden der GPK keine Anfragen aus der Stadtverwaltung oder Privatpersonen unterbreitet. Im Berichtsjahr sind keine Rechtsfragen von betroffenen Personen eingegangen, ebenso hat die GPK keine Vorabkontrolle im IT-Bereich durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden dem Sekretariat der GPK zwei Eingaben von Einwohnern betreffend Missachtung von Vorschriften des Datenschutzes als aufsichtsrechtliche Anzeige unterbreitet (Artikel 34 Absatz 1 Bst. KDSG). Die GPK hat die Eingaben gemäss Vorgaben des GPK-Handbuches behandelt. Bei der ersten Eingabe beschwerte sich ein Einwohner darüber, dass auf den Standbildern einer Webcam der Stadt Burgdorf, die auf das Schloss ausgerichtet ist, sein Haus sowie Terrasse zu sehen seien. Die Webcam und ein Archiv der Bilder waren dabei auf der Website der Stadt Burgdorf abrufbar. Die GPK kam zum Schluss, dass die von der Webcam gemachten Standbilder, sofern sie auch Bilder von erkennbaren Personen gemacht hat, nicht rechtskonform waren. Mangels einschlägigem Bildmaterial konnte jedoch keine konkrete Persönlichkeitsverletzung festgestellt werden. Die Webcam wurde inzwischen demontiert und das Archiv gelöscht. Die GPK empfahl der Stadtverwaltung allgemein die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen zum Datenschutz konsequenter umzusetzen und künftig mit vergleichbaren Fällen sensibler und verantwortungsvoller umzugehen. In der zweiten Eingabe beschwerte sich ein Betroffener darüber, dass im Vorfeld der Einschulung seines Kindes die Namensliste der künftigen Klasse an alle Eltern verschickt wurde und dabei nicht nur die privaten Telefonnummern von Mutter und Vater ersichtlich war, sondern auch, ob es sich um die leiblichen Eltern oder Pflegeeltern handelt. Die GPK kam zum Schluss, dass der Versand so nicht mit den Bestimmungen des kantonalen Datenschutzgesetzes zu vereinbaren ist. Nachdem bereits die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern solche Fälle ähnlich behandelt hat, empfahl auch die GPK der Stadtverwaltung, vor Veröffentlichung solch umfassender Klassenlisten, die Einwilligung der Betroffenen einzuholen. Der GPK sind keine Zustimmungsgesuche zur Videoüberwachung unterbreitet worden. Es sind ebenfalls keine Gesuche um Entbindung vom Amtsgeheimnis eingegangen. Gemäss Artikel 18 des kantonalen Datenschutzgesetzes muss jede Gemeinde im Kanton Bern ein öffentlich zugängliches Register der Datensammlungen führen, welches darüber Auskunft gibt, welche Sammlungen von Personendaten in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Das Register ist auf der Website der Stadt Burgdorf öffentlich zugänglich.

SRB: 2025-942 | Registratur-Nr. 2.10.3

Anpassung der Rahmentarife vom BestR

Verhandlung

Seitens der GPK, des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

1. Die Änderungen im Reglement über das Bestattungswesen (BestR), Anhang 2.711-2.719 werden genehmigt.
2. Die Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2025-943 | Registratur-Nr. 2.8

Investitionskredit für Planung und Ausführung Schulbau Aebimatt

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Zum vorliegenden Geschäft ist ein überparteilicher Rückweisungsantrag eingegangen.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass es sich um ein grosses Projekt handelt. Mit dem Bericht und dem Antrag zum Investitionskredit Schulbau Aebimatt leitet der GR heute einen zentralen und zwingend nötigen Puzzlestein in der Schulraumplanung vor. Es ist bekannt, dass ein grosser Nachholbedarf besteht, man muss sämtliche Schulhäuser faktisch in einer Generation sanieren. Damit man die Kaskade von verschiedenen Schulhaussanierungen starten kann, muss zuerst der notwendige Ersatzraum geschaffen werden. Jeder Raum wird heute genutzt und man ist permanent am Limit mit den bestehenden Räumen. Um diese grosse Herausforderung, sämtliche Schulhäuser in einer Generation, eine Generationenaufgabe, stemmen zu können und dies effizient und auch nachhaltig abzuwickeln, hat sich der GR für einen durchaus innovativen Ansatz entschieden. Der Schulraum soll nicht mit Provisorien auf den jeweiligen Schularealen geschaffen werden, sondern an einem zentralen Ort in einem Schulbau, der so gross dimensioniert ist, dass er eine ganze Schule aufnehmen kann. Mit diesem Vorgehen erreicht man mehrere Ziele. Obwohl die Schulbaute eine grössere Investition darstellt, ist dieses Vorgehen günstiger als an verschiedenen Standorten kostspielige Provisorien einzurichten. Diese Baute wird auf einer Freifläche realisiert, die für dieses Vorhaben ideal ist. An den einzelnen Standorten steht für Provisorien nur beschränkt oder schlicht nicht genügend Platz zur Verfügung. Für die Schulklassen und die Lehrkräfte kann man in der Umbauphase weiterhin und konstant eine hohe Qualität des Schulbesuches und des Unterrichtes sicherstellen. Der Bau erfüllt die Vorschriften des Energiegesetzes und folgt den ökologischen und klimapolitischen Ansprüchen und Be-

dingungen, welche einerseits in der Klimastrategie und andererseits in der Gebäudesanierungsstrategie zugrunde gelegt sind. Diese Strategien wiederum folgen dem Auftrag des SR, den dieser im Jahr 2019 mit der Formulierung und Überweisung des Klimanotstandes dem GR und der Verwaltung erteilt hat. Dank einer hohen Qualität und Nachhaltigkeit des Schulbaus könnten die Betriebskosten deutlich tiefer gehalten werden als dies bei Provisorien der Fall wäre. Man ist überzeugt, dass die Lebenszykluskosten einer solchen Baute unter dem Strich gegenüber einer klassischen Bauweise tiefer sind. Mit der vorgeschlagenen Lösung kann auch eine hohe Schulwegsicherheit gewährleistet werden, da die Baute ideal in eine bestehende Schullandschaft eingefügt werden kann und allfällige Engpässe bei Provisorien auf bestehenden Arealen vermieden werden können. Der Schulbau ist der notwendige Ausweichstandort für insgesamt drei Schulhaussanierungen, und zwar für die Oberstufe Pestalozzi, die Oberstufe Gsteighof und das Primarschulhaus Gsteighof. Nicht ausgeschlossen ist, dass diese Wechselstellung dereinst noch für die Sanierung eines weiteren Schulhauses genutzt werden kann. Die Grösse des Schulbaus orientiert sich am Raumprogramm der Oberstufe Pestalozzi, die als erstes in diesem Schulbau untergebracht werden muss. Die Kostenschätzung für diese Schulbaute basiert auf einer eingehenden Analyse, wie man das in solchen Projekten in dieser frühen Phase immer macht, von zwei Fachspezialisten für Kostenplanung, das Büro für Bauökonomie und die PBK AG. Der resultierende Investitionskredit ist ein stolzer Betrag. Man muss sich jedoch vor Augen führen, welche Dimensionen dieser Schulbau hat beziehungsweise haben muss, wenn er die beschriebene Funktion als Wechselstellung für die verschiedenen Schulhaussanierungen erfüllen soll. Das Volumen beinhaltet 25 Klassen-, Gruppen- und Spezialräume, 7 Räume für Lehrkräfte, 9 WC-Anlagen und 25 weitere Räume für Haustechnik, Facility Management und Erschliessung. Insgesamt 76 Räume beziehungsweise eine Nettofläche von 3'846 m². Dazu kommt eine Aussenfläche für Pausenplatz, Veloabstellplätze und Parkplätze sowie Ver- und Entsorgung von 3'115 m². Es wird klar, dass man auf der Aebimatt eine vollwertige Schulanlage baut. Der Schulbau Aebimatt wird während einem Jahrzehnt als Rotationsfläche für die verschiedenen Schulraumsanierungen dienen. Welche Zweckbestimmung die Baute danach hat, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilt werden. Die Erfordernisse für zusätzlichen Schulraum sind aus heutiger Sicht klar und beträchtlich. Wo jedoch längerfristig, nach der Realisierung der verschiedenen Überbauungen und Verdichtungsprojekte, welcher Raumbedarf besteht, kann heute nicht abgeschätzt werden. Ob am Standort Gsteighof und Aebimatt auch langfristig so viele Schulklassen konzentriert werden sollen und ob das sinnvoll und nötig ist, wird sich erst in der Zukunft weisen. Heute ist der Bedarf an Schulraum und der Druck auf die bestehenden Schulhäuser enorm. Im Rahmen der Schulraumsanierungen werden jedoch die übrigen Standorte ebenfalls ausgebaut. Irgendwann kommt man mit Sicherheit an den Plafond des Schulraumbedarfs, auch aufgrund der längerfristigen schweizweiten Bevölkerungsentwicklung. Das Bundesamt für Statistik hat vor zwei Monaten die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Geburtenziffern publiziert. Man geht ab dem Jahr 2027 von rückgehenden Schülerzahlen und von rückgehendem Lehrpersonenbedarf aus, was in Burgdorf mit Sicherheit erst später kommen wird. Die Geburtenzahlen in der Schweiz sind in den letzten zehn Jahren mit einer Ausnahme immer heruntergegangen. Es ist nicht klar, was in zehn oder fünfzehn Jahren sein wird. Es ist deshalb ein wichtiger Aspekt dieses Projektes, dass diese hochwertige Baute variabel nutzbar, ausbaubar, aber auch rückbaubar oder verschiebbar ist. Vielleicht ist es sinnvoll, einen Teil dieses Gebäudevolumens dereinst an einem anderen Schulstandort einzusetzen, vielleicht wird die Baute an diesem Ort oder anderswo umgenutzt und als Büro- oder Verwaltungsraum genutzt oder ein Teil kann veräussert werden, wenn der Raum in Burgdorf nicht mehr benötigt wird. Mit dieser Anforderung, welche das Gebäude erfüllen soll, kann auch die Investition abgesichert werden. Es wäre fatal, wenn dereinst ein solches Gebäude an diesem Standort nicht mehr sinnvoll genutzt werden kann. Das erscheint im Moment vielleicht nicht plausibel, aber alle bestehenden Schulbauten in den Quartieren sollen und müssen im Zug der Schulraumsanierungen auf den neuen Bedarf in den jeweiligen Quartieren ausgerichtet werden. Es ist deshalb ungewiss, ob danach am Standort Gsteighof ein derart grosses Schulraumvolumen nötig und

sinnvoll ist. Die Fragen im online Tool betreffend Aufteilung des Kredites in Planung und Ausführung sowie die Antwort zum Mobilitätskonzept wurden dort beantwortet. Gemeinderat Bucher Theophil bezieht Stellung zu den Argumenten im Rückweisungsantrag. Die Ausschreibung wurde vom GR im Antrag zur Durchführung des qualitätssichernden Verfahrens genehmigt und gemäss den Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungswesens korrekt auf SIMAP publiziert. Die Ausschreibung erfolgte bereits im Herbst, um im Prozess keine Zeit zu verlieren. Die Ausschreibung ist eine technische operative Angelegenheit, die in die Kompetenz des GR beziehungsweise der Verwaltung fällt. Deshalb sollte sie im SR nicht primär Gegenstand der Diskussion sein. Die meisten Ausschreibungen erfolgen nach der Debatte im SR, wenn es zum Beispiel um Strassen und Feuerwehrautos geht. Eine Ausschreibung kann nicht angepasst werden, sondern sie müsste abgebrochen und nochmals neu gestartet werden. Dies würde zusätzliche Kosten und eine zeitliche Verzögerung verursachen. Ein Kritikpunkt ist, dass die Ausschreibung einseitig auf ökologische Kriterien fokussiert sei. Die Ausschreibung berücksichtigt die politischen Vorgaben der Klimastrategie und Immobilienstrategie, was zwingend ist und basiert auf dem vom SR verabschiedeten Klimanotstand. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Preis mit 30 Prozent zu tief bewertet wird, und damit würden teure Projekte bevorteilt. Diese These ist aus der Luft gegriffen. Das widerspricht jeder bisherigen fachlichen Erfahrung. Aus Sicht des GR und der Baudirektion ist es befremdend, wenn damit die qualifizierten internen und auch die externen personellen Fachspezialisten angezweifelt werden. Wenn die Qualität der verschiedenen Offertstellenden gleich gut ist, dann entscheidet am Schluss der Preis, auch wenn er gar nicht hoch bewertet wird. Bei gleicher Qualität wird klar der Preis das entscheidende Kriterium sein. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass es unklar ist, dass Holzmodulbau und Holzelementbau offeriert werden können. Das ist nicht korrekt. Bisher haben sich 11 namhafte und renommierte Firmen auf die SIMAP Ausschreibung gemeldet. Diese haben keine Fragen zum Holzmodulbau oder Holzelementbau gemacht. Es scheint für die Holzbauer klar zu sein, dass es eindeutig und klar ausgeschrieben ist. Die Demontage- und Transportfähigkeit und der damit verbundenen Anpassungsfähigkeit und Wiederverwendung sind bei Schulbauten auch in zahlreichen anderen Städten ein Thema. Man will einen multifunktional nutzbaren Bau erstellen. In der Schweiz werden zurzeit deutlich mehr als 90 Prozent der Schulbauten aus Holz oder in Hybridbauweise gebaut. Der Holzbau wird nirgends hinterfragt. Vor dem Hintergrund der drängenden Nachhaltigkeits- und Klimathemen ist diese eine nachvollziehbare bauliche Antwort. Die Bautätigkeit ist der grösste Hebel in der Klimapolitik, und vor allem stehen die Gebäude während Jahrzehnten, weshalb es unerlässlich ist, dass diese eine hohe Energie- und Klimaeffizienz aufweisen. Last but not least zu den veranschlagten Kosten. Die Nettonutzfläche des Schulbaus Aebimatt ist annähernd doppelt so gross wie diejenige des Holzbaus Schlossmatt. Die exakte Berechnung des Verhältnisses der Nettogeschossfläche und der Baukredite ergibt sich der exakt gleiche Quotient. Der vorgeschlagene Kredit ist somit nicht überhöht, sondern durchaus realistisch. Zwischen den beiden Bauprojekten liegen einige Jahre, weshalb zu erwarten wäre, dass die neue Baute im Vergleich teurer sein müsste. Aus diesen Gründen beantragt der GR dem SR die Ablehnung des Rückweisungsantrages. Der GR beantragt weiter, den Investitionskredit zu genehmigen, die Entnahme der jährlichen Abschreibungen des Kredits aus der Spezialfinanzierung zur Vorfinanzierung der Schulanlagen und Verwaltungsgebäuden und die Entwidmung des Landes Gsteighofmatte vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass Bildung wichtig ist, und zwar Bildung für alle. Die SP-Fraktion steht auch hinter Investitionen zur Erhaltung der Infrastruktur. Das Schulhaus Aebimatt bringt als Erstes keinen neuen Schulraum, sondern sichert Raum für die Stadt Burgdorf für die dringend notwendigen Sanierungen der bestehenden Schulhäuser Pestalozzi und Gsteighof. Die Situation für die Kinder und vor allem auch für die Lehrpersonen ist schlicht nicht mehr zeitgemäss. Eine moderne Infrastruktur ist gerade in Zeiten, in denen Lehrpersonen auswählen können, wo sie unterrichten wollen, ein wichtiger Standortvorteil. Die SP-Fraktion steht auch hinter

den definierten Zielen für dieses Projekt betreffend Qualität, Nachhaltigkeit und Flexibilität. Flexibilität ist wichtig, weil man diesen Bau zuerst als Ausweichfläche für Unter- und Oberstufen braucht, und dann soll er auch fit sein für die Bedürfnisse an Schulraum, den die Stadt Burgdorf in mehr als zehn Jahren braucht. Man will für die Kinder und Lehrpersonen eine gute Infrastruktur. Der Rückweisungsantrag ist mit detaillierten Forderungen zur Ausschreibung begründet. Der Anteil des Preises soll von 30 auf 40 Prozent erhöht werden, was auf Kosten des Anteils an Qualität und Nachhaltigkeit geht. Man weist darauf hin, dass auch bei dieser Investition nicht der reine Preis relevant ist, sondern die ganzen Lebenszykluskosten. Kosten, die beim Kriterium Qualität bewertet werden. Die Rückweisung wird allenfalls Konsequenzen auf das Ausschreibungsverfahren haben und ist damit ein Risiko für das Projekt und könnte einen Rekurs für die Stadt Burgdorf bringen. Die Schulen haben zum Holzbau im Schlossmatt sehr positive Rückmeldungen gegeben. Zusammen mit der Begleitgruppe Schulraumplanung wurden die Kriterien für den Holzbau Aebimatt gefasst. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Begleitung des Beschaffungswesens in der Stadt Burgdorf sehr wohl evaluiert werden soll. Man ist jedoch der Meinung, die initiierte überparteiliche Interpellation ist der bessere Weg, diese Frage generell anzugehen und eine Diskussion auszulösen, als beim vorliegenden Kredit punktuell in operative Details einzugreifen, wie zum Beispiel die Festlegung des Nullpunktes der Preiskurve von 150 statt 175 Prozent. Die SP-Fraktion steht klar hinter den Vorgaben der Stadt Burgdorf und des SR bezüglich Klimaziel und Schulraumplanung. Qualität, Nachhaltigkeit und Flexibilität sind weitere wichtige Kriterien. Die SP-Fraktion steht hinter der Bildung und anerkennt den dringenden Investitionsbedarf für die Sanierung von Schulraum. Die SP-Fraktion wird deshalb den Investitionskredit für das Schulhaus Aebimatt annehmen und in allen Punkten dem Antrag des GR folgen. Die SP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag einstimmig ab und hofft, dass der SR diesen nicht annimmt.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Erarbeitung dieses umfangreichen Kreditantrags zum Schulhausneubau Aebimatt. Die Mitte-Fraktion ist sich bewusst, dass in Burgdorf dringend zusätzlicher Schulraum benötigt wird. Der geplante Neubau auf der Aebimatt stellt einen wichtigen Meilenstein in der Weiterentwicklung der Schulraumstrategie dar. Die vorliegende Schulraumplanung mit dem Neubau auf der Aebimatt scheint aus heutiger Sicht auch sinnvoll und ist gut mit den anstehenden Sanierungen der Schulhäuser Pestalozzi und Gsteig abgestimmt. Dennoch kann man das bewährte und qualitätssichernde Verfahren bei der öffentlichen Beschaffung nicht umgehen. Schulraum darf nicht um jeden Preis geschaffen werden, insbesondere nicht ohne einen korrekt und optimal durchgeführten Wettbewerb. Es darf sich nicht wiederholen, dass der SR unter Zeitdruck einem unbefriedigten Kreditantrag zustimmen muss, wie dies beim Schulhaus Schlossmatt der Fall war. Aus Sicht der Mitte-Fraktion hat die Verwaltung aus der damaligen Beschaffung des Holzmodulbaus offensichtlich keine ausreichenden Lehren gezogen. Zum Beispiel sind erneut keine Varianten zugelassen. Der vorliegende Kreditantrag weist verschiedene Mängel auf und muss entsprechend überarbeitet werden. Insbesondere bei den Kosten handelt es sich um stolze Preise. Im Vergleich zu anderen Schulhäusern, die in letzter Zeit gebaut wurden, ist noch zu erwähnen, dass auch der Quadratmeterpreis einiges höher ist, als es bei anderen Schulhäusern der Fall war. Als Beispiel wird das Schulhaus in Jegenstorf erwähnt. Ebenfalls wird die Kostengenauigkeit erwähnt. Bei plus minus 20 Prozent sieht es, wenn man diese draufschlägt, noch einmal schlechter aus. Die Einschränkung auf Holzmodulelemente mit Rückbau und Wiederaufbau verteuert das Ganze auch noch. Es bestehen auch offene Fragen bezüglich der Veloabstellplätze, was eine unbefriedigende Lösung ist. Um dies zu beheben, unterstützt die Mitte-Fraktion den vorliegenden überparteilichen Rückweisungsantrag. Mit diesem Vorgehen kann der notwendige Spielraum für eine wirtschaftliche und nachhaltige Lösung geschaffen werden, ohne dass das Projekt verzögert wird. Damit wird die politische Akzeptanz für dieses wichtige Schlüsselprojekt erhöht und eine solide Grundlage für die weitere Schulraumplanung in der Stadt Burgdorf geschaffen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man irritiert ist, dass sich die GPK bei diesem brisanten Traktandum ohne eine Begründung auf ein Votum verzichtet. Es wird gewünscht, dass rückwirkend jemand von der GPK Stellung nimmt. Dies einfach zum Thema politische Transparenz. Die EVP stellt sich hinter den Antrag des GR. Es ist wichtig, dass nach diesem langen Prozess jetzt konkret und termingerecht weitergeplant werden kann. Es wurde gesagt, dass es jetzt analog, wie beim Schulhaus Schlossmatt läuft. Dieser Aussage muss widersprochen werden. Die Stadt Burgdorf hat eine Begleitgruppe Schulraumplanung mit Mitgliedern des SR. Die Begleitgruppe wurde laufend informiert, und zwar transparent und umfassend. Es liegt deshalb keine böse Überraschung auf dem Tisch. Die EVP stellt sich, wie die SP-Fraktion, vollumfänglich hinter den Antrag des GR. Die Kinder und Jugendlichen sollen in nächster Zeit in diesem Rotationsschulhaus in die Schule gehen können. Die EVP stellt sich hinter die Nachhaltigkeit des Projektes, wie auch hinter die Flexibilität. Die EVP teilt die Meinung des GR, dass man grundsätzlich nicht weiss, was in zehn Jahren ist und man das Haus noch oder anderweitig benötigt. Die Flexibilität des Holzbaus wird deshalb begrüsst.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, informiert einerseits zum fachlichen Antrag und andererseits zum Verfahren des Rückweisungsantrages. Beim fachlichen Antrag ist man gleicher Meinung und steht vollumfänglich hinter dem Antrag des GR. Man ist überzeugt, dass das Verfahren, das hier über Jahre ausgearbeitet wurde, so auch funktionieren kann. Es handelt sich um eine WTO-Ausschreibung, das heisst, Firmen aus der ganzen Welt können sich bewerben. Es handelt sich um ein Einladungsverfahren und bedeutet, dass man sich als Firma bei Interesse anmelden kann. Es ist kein öffentliches Ausschreibungsverfahren. Stadtrat Hedinger Christian hat schon ein paar Mal an einer WTO-Ausschreibung teilgenommen. Es ist auch nicht so, dass man die Unterlagen einfach herunterladen kann, weil es ein Einladungsverfahren ist. Man geht davon aus, dass ein Mitbewerber, vermutlich aus der Region, etwas gegen diese Ausschreibung hat und findet, dass sie nicht korrekt oder diskriminierend ist. Wenn eine Ausschreibung nicht korrekt ist, kann man sie problemlos einklagen. Das haben schon andere gemacht, wie das Beispiel der Vergabe der Züge der SBB gezeigt hat. Es ist deshalb klar, wenn die Ausschreibung nicht korrekt oder diskriminierend war, dann kann eine Klage eingereicht werden. Es sollte nicht über den SR versucht werden in das operative Geschäft einzugreifen. Man ist nicht in einer Bananenrepublik.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass schon viele Wörter gefallen sind. Es ist klar, dass niemand im SR gegen Bildung ist, und niemand möchte Provisorien. Es ist auch unbestritten, dass es zwingend notwendig ist Schulraum zu schaffen. Man hört viel über irgendwelche Strategien, die man hat und entsprechend nachleben muss. Einzig über die Finanzstrategie hört man nichts. Die FDP-Fraktion moniert, dass man fünf Wochen vor der Stadtratsdebatte, am 29. Oktober 2025, eine Ausschreibung und Wettbewerb über einen Stadtratsbeschluss von 26.6 Mio. Franken macht. Der Hintergrund dieses Vorgehens ist unklar. Dazu kommt bei diesem Kredit die Spanne von plus minus 20 Prozent. Weshalb man bei der Ausschreibung ein selektives Verfahren wählt, was bedeutet, dass es zuerst eine Präqualifikation braucht, bevor man die eigentliche Submissionsphase startet, ist unklar. Bei der Präqualifikation heisst es zudem, es sind keine Varianten zugelassen. Warum ist ein Rätsel, vor allem weil man immer auf das Tempo drückt und immer vom Zeitfaktor spricht. Man nimmt sich aber acht Monate Zeit für die Bestimmungen des sogenannten Totalunternehmers. Wir sind keine Juristen und es geht auch nicht um Recht oder Unrecht, sondern es ist klar tendenziös. Tendenziös von Anfang an, wie bereits im August in allen Unterlagen, die damals schon der GPK vorlagen, wie auch im ersten Antrag vom 15. September 2025, der überarbeitet wurde. Es wird überall von Holzmodulbauweise gesprochen und es ist klar, dass man diese Bauweise durchbringen wollte. Auch Dank der Begleitgruppe hat man den Fächer schlussendlich geöffnet, damit auch andere Holzbauweisen zum Tragen kommen. Wenn in der Ausschreibung steht, einer modular konzipierten, wie-

derverwendbaren und veränderbaren Bauweise ist höchste Beachtung zu schenken sowie standhalten von mehrfachem auf- und abbauen ohne Qualitätseinbussen, ist das mehr als tendenziös. Die Machbarkeitsstudie hat die Unternehmung gemacht, Bauart Architekten und Planer AG, welche bereits das Schlossmattschulhaus realisiert hat und nachher, was unüblich ist, am Auswahlverfahren trotzdem teilgenommen. Über die Preisgewichtung kann man diskutieren, aber eine Preisgewichtung mit 30 Prozent und wie sie im Rückweisungsantrag formuliert wurde, wird der Preis noch weniger gewichtet und dies im Wissen um die Schuldenentwicklung in Burgdorf. Jede eingesparte Million ist wieder ein Beitrag an ein anderes Schulhaus oder eine andere Investition. Das wird völlig ausser Acht gelassen. Man könnte meinen «nach uns die Sintflut». Im Finanzplan 2026 kann Burgdorf 3 Mio. Franken aus eigenen Mitteln bezahlen. Alles andere ist Fremdverschuldung und der Schuldenberg läuft Richtung 153 Mio. Franken. Die Schulden werden in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch weiterwachsen. Man sollte nicht immer nur über Nachhaltigkeit und all die anderen Kriterien sprechen, sondern auch die Finanzen beachten. Stadtrat Kämpf Jürg hat viele Schulhäuser angeschaut mit ihrer Holzbauweise in verschiedenen Arten wie zum Beispiel in Jegenstorf, Kirchberg, Lützelflüh oder in Bern. Niemand kam annähernd beim BKP2 für Gebäudekosten auf Fr. 4'400.-- pro Quadratmeter. Wir stehen uns selbst im Weg. Wir bemühen uns immer um Erklärungen mit der Klimastrategie 2030, dem Leitbild 2050, den externen Studien und Fachbüros und arbeiten mit 1'099 Strategien. Man sollte sich vielleicht wieder auf das Wesentliche besinnen, auf das, wofür man im SR ist. Wir sind nicht die Stadt Zürich, sondern eine kleinräumliche Kleinstadt mit 17'000 Einwohnern. Vielleicht sollten wir uns das wieder einmal ein wenig vor Augen halten. Es braucht nichts anderes als eine Bedarfsanalyse mit einem pragmatischen Kosten-Nutzen-Konzept für die Schulhäuser, das den Schülern und Schülerinnen zugutekommt, der Finanzlage entspricht, nachhaltige Kriterien beinhaltet und einen offenen fairen Wettbewerb zulässt.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass er persönlich geprägt ist, da er verantwortlich war für die Wettbewerbsausschreibung eines Schulhauses bei diesem Geschäft, wo er selbst arbeitet und jetzt in der Projektierungsphase steht. Das als Vorbemerkung zu seinem Hintergrund. Es ist suboptimal, vor allem, weil keine Varianten zugelassen werden. Es verhindert auch, dass zusätzliche Ideen eingebracht werden können, sodass dort ein Optimum herausgeholt werden kann. Es fehlt auch, dass die Kosten, die man geschätzt hat, mit vergleichbaren Schulhausbauprojekten validiert hat. Man hätte sich gewünscht, anstelle einer zweiten Kostenschätzung, dass man noch eine Kostenvalidierung gemacht hätte und verglichen hätte, wie die Kostenschätzung dieses Projektes aussehe im Vergleich zu anderen Schulhäusern. Damit hätte man den Eindruck erhalten, ob es wirklich ein kostenmässig optimaler Schulhausbau ist. Man ist gebrannt durch das Schulhaus Schlossmatt, wo schlussendlich nur ein einziger Bewerber am Schluss übrig war. Der SR stimmte damals dem Investitionskredit zu, weil es wirklich nötig war und man zeitlich nicht anders konnte. Man sagte damals aber auch, dass es nötig sei, dass dies nicht wiederholt wird. Der Zeitdruck, dem man ausgesetzt ist, irritiert. In der vorletzten Legislatur wurde dem SR die Schulraumplanung präsentiert und man hatte genug Zeit, alles sauber vorzubereiten und viele Varianten durch- und hochzurechnen. Jetzt kommt man zu einem Zeitpunkt, wo man sagt, dass jetzt 26 Mio. Franken bewilligt werden müssen, weil es sonst fast zu spät ist. Das ist grundsätzlich schlecht. Wenn man jetzt mit einem solchen Tempo vorgeht, verpasst man die Chance, dass man auch einen kostenmässig optimalen Bau realisieren kann, der den Anforderungen an die Qualität und Nachhaltigkeit erfüllen kann. Betreffend den Argumenten zum Eingriff in das operative Geschäft wird darauf hingewiesen, dass es im SR schon einige Vorstösse von verschiedenen Parteien gegeben hat, bei denen in das operative Geschäft eingegriffen wurde und man hatte keine Hemmungen dabei. Deshalb sollte man nicht allzu überheblich sein und dort auch gewisse Vorschriften und Vorbehalte machen. Die GLP-Fraktion unterstützt den

Rückweisungsantrag im Sinne, dass man eine wirklich gute Lösung haben will und man mit den Steuern, die man dafür braucht, um das Schulhaus zu bauen, auch sorgfältig und verantwortungsvoll umgeht.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass wir alle eine Bildung für unsere Kinder wollen und man das gleiche Ziel hat sowie auf der gleichen Seite steht. Man will möglichst schnell guten Schulraum. Im Moment ist man ein wenig gespalten, was schade ist. Man braucht auch Holz, was ein guter Baustoff ist. Ein Punkt, der auch zu denken gibt, ist, dass man nicht genau weiss, wo das Schulhaus stehen soll, weil es in zehn Jahren vielleicht abgebaut und versetzt wird. Diese Kosten trägt der Steuerzahler. Das Schulhaus soll an überlegter Stelle gebaut werden, vor allem, weil es auch viel Geld kostet. Beim Budget beziehungsweise bei den plus minus 20 Prozent ist es so, wenn mehr vorhanden ist, wird auch mehr gebraucht. Man muss deshalb aufpassen. Das Geschäft soll zurückgewiesen werden. Der Zeitdruck ist immer ein Grund, der funktioniert, aber kein Grund sein darf. Es wird nicht vorkommen, dass ein Kind auf der Strasse lernen muss, weil es im Schulhaus keinen Platz hat. Das Geschäft mit einem so grossen Kredit darf nicht schnell vom SR durchgemurkt werden, sondern zurückgewiesen werden, damit es überarbeitet werden kann. Es sind Steuergelder. Die Kinder sind wichtig, denn sie sind unsere Zukunft.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der SR beim Antrag 1 des GR 26.52 Mio. Franken als Kredit bewilligt und nicht plus minus 20 Prozent. Dies nur zur Klarstellung.

Gemeinderat Bucher Theophil nimmt Stellung zu den gemachten Voten. Zu gewissen Voten, die ins Operative gehen, wird Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, informieren. Die Verantwortlichen sind an unserer Seite, egal ob es ums Finanzielle, um die Bildung oder das Bauliche geht. Varianten machen Sinn, je nachdem, was ausgeschrieben wird. Es ist wichtig zu wissen, ob dies bei einem bestimmten und komplexen Projekt wirklich hilfreich ist oder es eher erschwert. Wenn man eine Strasse baut, ist es sicher einfacher Varianten zuzulassen, weil dadurch interessante Alternativen offengelegt werden können. Jedoch bei komplexen Bauten ist es so, dass mit Varianten etwas eingebracht wird, das anhand der Kriterien nicht bewertbar ist. Man müsste unter Umständen eine Variante ausschliessen und das wäre der Anfang der Problematik, da man dadurch in eine Endlosschleife oder in eine lange Schleife gerät, weil das Ausschliessen einer bestimmten Offerte bestritten wird. Betreffend den plus minus 20 Prozent kann es auch sein, dass es günstiger wird. Bei der Planung sind Ungenauigkeiten möglich. Beim Schlossmatt wird man unter dem gesprochenen Kreditbeschluss abschliessen. Das ist heute schon bekannt. Man wird alles daransetzen, dass man ein so günstig wie mögliches Schulhaus bekommt. Man hat sehr wohl dazu gelernt und vieles in diesem Prozess anders gemacht als beim Schlossmatt. Danke an die EVP, die es erwähnt hat. Man hat auch nicht nur eine Bewerbung. Man hofft auf eine ganze Anzahl von Bewerbungen. Zumindest hat man viel mehr Interessenten als damals. Man muss sich auch die Situation von damals vor Augen führen wie zum Beispiel der Nachholbedarf nach Corona oder der Kriegsausbruch in der Ukraine. Viele Unternehmungen waren schlicht überfordert, als man das Schlossmatt ausgeschrieben hat. Das konnte man im Vorfeld nicht wissen. Man war selbst überrumpelt darüber, dass am Schluss nur ein einziges Angebot eingegangen ist. Zum Glück war es ein gutes Angebot, auch im Rahmen des erwarteten Kredites. Damals war die Dringlichkeit höher. Beim heutigen Beschluss wurde nichts von Dringlichkeit gesagt. Es ist wichtig, dass wir diesen Puzzlestein bauen, um die ganze Schulraumsanierung starten zu können. Man setzt sich nicht unter Druck, auch wenn das Projekt um ein oder zwei Jahre verzögert wird. Man ist sich bewusst, dass dies passieren kann. Man hat keine Angst vor dem politischen Prozess. Allenfalls müssten an weiteren Standorten Provisorien gebaut werden, weil wir keine Redundanzen im System haben. Solange wir die Aebimatt nicht haben, werden wir nicht darum herumkommen, auch kleinere Projekte an gewissen Standorten zu ermöglichen, damit der notwendige Bedarf abgedeckt

werden kann. Die finanzielle Strategie ist vorhanden. Man ist überzeugt, mit dem vorgeschlagenen Projekt und der entsprechenden Qualität, dass man insgesamt unter dem Strich, auch wenn es veräussert, wiederverwendet oder anderweitig genutzt wird, etwas Gutes entsteht. Container muss man unter Umständen nach zwanzig Jahren entsorgen. Man hatte zwei Container, die man nach einer Generation von Schülern entsorgen musste und nicht weiter genutzt werden konnte. Es waren auch nicht billige Container. Der Standort in der Aebimatt ist gut überlegt. Es ist der bestmögliche erschlossene Standort und dieser wird auch nicht bestritten. Das vorliegende Projekt ist ein Gemeinschaftswerk mit den entsprechenden Fachleuten und es liegt eine clevere und gute Lösung vor.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, teilt mit, dass die Ausschreibung auf SIMAP so erfolgt ist, dass jeder sie herunterladen konnte. Es war in diesem Sinn keine Einladung, die eingeschränkt hätte. Das Einzige, was in der Ausschreibung steht, ist, dass die Unternehmung eine Schweizer Niederlassung haben sollte. Es wurden immerhin 11 Interessensmeldungen von Schweizer Unternehmen eingereicht. Man hat versucht, bei der grossen Investition enkeltauglich zu sein. Um das Raumproblem zu lösen, hat man zweimal, im Gsteig und im Pestalozzi, Blechcontainer aufgestellt. Man hat dabei aber gemerkt, dass diese eher für Spezialräume taugen als Unterrichtsräume für den ganzen Tag. Man hat zudem versucht, die politischen Vorgaben wie Klimastrategie und Nachhaltigkeit einzuhalten. Die Vorgaben wurden bereits bei der Umsetzung im Schlossmatt umgesetzt und es wurde dadurch nicht speziell teurer. Die gemachten Preisvergleiche müsste man sehr gut vertieft anschauen, denn man kann nicht nur den Quadratmeterpreis der Schulhäuser vergleichen. Man müsste die Rahmenbedingungen vergleichen. Beim vorliegenden Projekt spricht man noch nicht von einem Projekt, sondern man geht von einem Kostenrahmen für den nötigen Schulraum aus. Das Projekt wird erst noch ausgeschrieben, wenn die nötigen Angebote vorhanden sind. Erst dann kann man das Schulhaus mit den umliegenden Gemeinden tatsächlich vergleichen. Der Kostenrahmen mit einem Projekt vergleichen, wäre nicht richtig. Der SR genehmigt heute einen Planungs- und Ausführungskredit. Darin ist am Schluss die Lieferung eines Schulhauses. Wird das Gebäude dann nicht mehr benötigt, kann es anderweitig benützt, an einem anderen Ort aufgebaut oder veräussert werden. In den Voten wurde mehrmals das Thema Varianten erwähnt. Es stellt sich die Frage, was man unter Varianten versteht. Gemeinderat Bucher Theophil hat gesagt, dass zurzeit über 90 Prozent der Ausschreibungen für neue Schulbauten in der Schweiz aus Holz gebaut sind. Dies aus dem Grund, weil die Städte und Gemeinden nicht genau wissen, was es in Zukunft brauchen wird und man schnell handeln muss. Der Holzbau, der wiederverwendet und an einem anderen Ort wieder aufgebaut werden kann, ist nichts Neues. Im Emmental ist es traditionell, denn jeder Speicher und jedes Bauernhaus wurde über Jahrhunderte aus Holz gebaut.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass es ein Sichtbild betreffend der Qualität des Schulraums in Containern einerseits und Schulraum in einem Holzbau andererseits ist. In den letzten Jahren wurden in Burgdorf verschiedene Räume, auch kurzfristig wie im Gsteig und im Pestalozzi, bereitgestellt.

Kummer Hans-Rudolf, Leiter Bildungsdirektion, dankt den Fraktionen für die Voten, dass es Schulraum braucht und dies nicht bestritten ist. Man kämpft hier nicht um Grundlegendes. Die Qualität eines Schulraumes ist wichtig. Das Schulhaus Gotthelf wurde zirka im Jahr 1870 gebaut. Dieses Schulhaus brauchen wir noch und wenn man damals schlecht gebaut und an zu wenige gedacht hätte, hätte man es schon lange abgerissen. Es steht aber noch. Man muss also guten Schulraum haben. Mit Containern zu arbeiten und das Gefühl haben es sei nachhaltig, funktioniert nicht. Der Standort Aebimatt ist der richtige Standort. Wie gehört, haben wir diesen Wechsel der Schülerinnen und Schüler, die aus ihren angestammten Schulhäusern raus müssen, weil es saniert und erweitert wird. Dies ist wohl auch unbestritten. Man hat auch gehört, dass der Neubau anderweitig und auch anderswo genutzt werden kann. Kummer Hans-Rudolf verwettet sämtliche Gliedmassen, dass das Haus dort

stehen bleiben wird. Es wird eher einer anderen Nutzung zugeführt wie zum Beispiel einer Tageschule. Auf dem Gsteig hat man keinen Platz. Es wird zudem viel Fläche benötigt. Man hat auch die vorausschauenden Überlegungen betreffend Schülerzahlen in Burgdorf bis ins Jahr 2045 gehört. Es wird mehr Klassen brauchen und diese müssten an einen Ort in diesem Gebiet, wo eine ganze Primarschule Platz hätte. Eine Schulnutzung wird es in der Aebimatt zu 99 Prozent weiterhin geben.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass der Standort unbestritten ist. Wenn in der Aebimatt ein Schulhaus gebaut wird, soll es auch dort bleiben. Die Qualität des Baus ist deshalb wichtig. Man soll nicht wie ein Legosatz, der 30 Prozent teurer ist, bauen, damit man es einmal auf den Ballenberg stellen kann. Man muss Steuergelder sparen. Der Standort ist gut, der Schulraum ist wichtig, aber der Weg dorthin muss gut angeschaut werden. Jeginstorf kann ein Schulhaus für 17 Mio. Franken bauen. Gemeinderat Bucher Theophil hat gesagt, dass es weniger kosten wird.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass nicht Worte umgedreht werden müssen. Das Schlossmatt wird günstiger als der beantragte Kredit. Was das Schulhaus kosten wird, wissen wir nach der Ausschreibung. Man hat gute Erfahrungen, um Projekte im entsprechenden Kostenrahmen abzuwickeln. Die Baudirektion arbeitet kompetent. Ein Dank geht deshalb an die Mitarbeitenden in der Baudirektion, die alles daransetzen, dass der Kostenrahmen eingehalten wird.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass suggeriert wird, dass zwischen einer Containerlösung und dem vollwertigen Schulhaus die Wahl besteht. Es spricht kein Mensch von einer Containerlösung oder einem Provisorium. Das soll an dieser Stelle richtiggestellt werden. Es geht um ein vollwertiges Schulhaus, das gebaut werden soll. Es stellt sich die Frage, ob in Burgdorf immer alles speziell ist. Zahlreiche kleinere und grössere Gemeinden um Burgdorf haben die genau gleichen Probleme und diese bringen Schulhäuser zustande. Holz ist absolut unbestritten und kein Kriterium. Als Tipp sollte man bei den anderen Gemeinden vorbeischaun, wie man ein vollwertiges Schulhaus baut, das für Kinder qualitativ gut ist und wo sie sich wohlfühlen, und zu einem Preis, der auch den Finanzen entspricht.

Gemeinderat Ritter Michael nimmt Stellung zum Votum von Stadtrat Kämpf Jürg und zur Problematik oder zur Gegenüberstellung von Containern und einem Schulhaus. Einerseits ist man über das Votum froh, aber andererseits muss der Rat darauf hingewiesen werden, dass die Problematik bei einer Rückweisung ist, dass Zeit verloren geht. Es kann unmöglich vorhergesagt werden, wie viel Zeit verloren geht. Gemeinderat Ritter Michael rechnet immer in Schuljahren. Im Grunde ist das Problem, dass jedes verlorene Schuljahr ein bisschen zum Fazit führt, ein Container in Ehren kann niemanden verwehren. Die Realität in den Containern, die bildungspolitische Seite, ist schlecht. Es will niemand Container als Gesamtersatz. Mit der Rückweisung erhöht man die Wahrscheinlichkeit für eine zwischenzeitliche Containerlösung. Dies muss der SR bedenken.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice nimmt Stellung zu den Finanzen. Es ist viel Geld, aber bei der Schulraumplanung hat man immer gesagt, dass es Burgdorf etwas kosten wird. Für die Finanzierungsmöglichkeit hat man extra Rückstellungen gemacht und mit den Zinsen, die es für das Geld gibt, da man Gelder aufnehmen muss, können zumindest die Abschreibungen finanziert werden. Es ist aber klar, dass man es nicht aus eigenen Mitteln bezahlen kann. Es war immer klar, dass die Bildung viel kosten wird, aber die Bildung darf was kosten.

Abstimmung

Überparteilicher Rückweisungsantrag

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 21 Ja und 19 Nein Stimmen dem Rückweisungsantrag zu.

SRB: 2025-944 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Grüne Burgdorf betreffend geschlechtergerechte Sprache

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der Auftrag Richtliniencharakter hat. Dem GR ist es wichtig, dass die sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter in der internen wie auch externen Kommunikation der Stadt Burgdorf grundsätzlich gewährleistet ist. In Bezug auf die korrekte Umsetzung vertritt der GR jedoch eine andere Haltung und lehnt den Auftrag in dieser Form ab. Die Stadt Burgdorf orientiert sich bei ihren Vorgaben an den Grundsätzen des Kantons Bern und an den Sprachleitfaden der Bundeskanzlei. Beide verwenden in der Verwaltungssprache geschlechtergerechte Formulierungen und verzichten auf ein generisches Maskulin. An diesen Leitlinien orientiert sich auch die Verwaltung mit ihrer Weisung «gendergerechten Sprachen der Stadt Burgdorf». Der GR erachtet es jedoch als nicht geeignet, die zwingende Verwendung von Sonderzeichen wie einem Genderstern, Genderdoppelpunkten oder ähnliche typografische Mittel als offizielles und obligatorisches Sprachmittel zu verwenden. Auch tragen solche Zeichen nicht dazu bei, alle Menschen sprachlich einzubeziehen und können im Gegenteil auch zu Ausgrenzungen führen. Aus den genannten Gründen unterstützt der GR den ersten Teil des Auftrags, wonach die sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter mittels geschlechterneutraler Formulierungen sichergestellt werden soll. Den zweiten Teil des Auftrags lehnt der GR jedoch ab. In diesem Sinn hat der GR einen angepassten Wortlaut ausgearbeitet. Der GR dankt für die Annahme mit Wortlautänderung des Auftrages und gleichzeitiger Abschreibung.

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man heute über etwas spricht, das eigentlich selbstverständlich sein sollte. Die Stadt Burgdorf muss alle Geschlechter sprachlich sichtbar machen. Der GR teilt zwar das Ziel, verweigert aber das wirksamste Mittel dafür, den Genderstern oder den Genderdoppelpunkt. Genau da liegt das Problem. Sprache schafft Sichtbarkeit und Sprache beeinflusst, wer mehr wahrnimmt und wer nicht. Mit Schülerinnen und Schülern oder ähnlichen, binären Formen bleiben alle, die sich ausserhalb dieser Kategorien bewegen, unsichtbar. Gerade im Bildungsbereich ist die Sprache zentral. Den Kindern und Jugendlichen soll vermittelt werden, dass Vielfalt existiert und respektiert wird, und das geschieht nicht nur, aber auch über die Sprache. In Burgdorf hat man bereits mit breiter Unterstützung einen dritten Geschlechtsbeitrag in städtischen Formularen eingeführt. Es wäre widersprüchlich, diese Menschen administrativ zu erfassen, sie aber in unserer Sprache trotzdem nicht sichtbar zu machen. Geschlechtsneutrale Formulierungen reichen nicht. Natürlich sind geschlechtsneutrale Begriffe wichtig, aber sie funktionieren längst nicht

überall. Häufig wird man sonst wieder in die binäre Schreibweise gedrängt. Zum Beispiel in Leitbildern oder Schulkonzepten ist es unpräzise, nur von Schülern und Schülerinnen zu sprechen oder alles unter Lernenden zusammenzufassen. Lernende sind wir nämlich alle. Genderzeichen schaffen dort Klarheit, wo neutrale Begriffe zu ungenau sind. Sie sind kein Ersatz, sondern eine notwendige Ergänzung. Man muss Verantwortung übernehmen. Der GR beruft sich auf Bund, Kanton und Rechtsschreibrat, aber dass etwas nicht im amtlichen Regelwerk steht, heisst nicht, dass man es nicht nutzen soll und darf. Viele Städte und Verwaltungen in der Schweiz machen es schon lange vor. Bern, Zürich, Basel, Winterthur und Luzern verwenden die Genderzeichen selbstverständlich. Burgdorf wäre also kein Sonderfall, sondern reiht sich ein in eine moderne Verwaltungskultur. Hinzu kommt, dass die Haltung innerhalb der Verwaltung nicht einheitlich ist. Gewisse Verwaltungsbereiche möchten Genderzeichen nutzen, dürfen aber laut der Weisung nicht. Die heutige städtische Weisung ist äusserst restriktiv. Genderzeichen sind explizit verboten. Das schränkt die Mitarbeitenden ein und verhindert inklusive Kommunikation dort, wo sie sinnvoll und notwendig wäre. Der Genderstern wirkt, er ist klar, sichtbar und ein etabliertes Mittel der Inklusion. Er wird von Organisationen, Sprachwissenschaftlern und zunehmend auch von Verwaltungen empfohlen und zeigt auf den ersten Blick, dass alle gemeint sind, nicht nur zwei Geschlechter. Die vom GR vorgeschlagene Version bringt faktisch nichts. Sie hält am heutigen Zustand fest, geschlechtsneutrale Formulierungen, wenn möglich, werden bereits heute angewendet und wie man weiss, dass sie dort, wo sie nicht möglich sind, wieder zu rein binären Formen führen. Somit bleibt alles wie es ist, Menschen ausserhalb der binären Geschlechterordnung bleiben sprachlich unsichtbar. Das ist nicht Fortschritt, sondern Stillstand. Man will mit dem Auftrag echte Inklusion schaffen, nicht eine kosmetische Bestätigung des Status quo. Wer das Ziel der sprachlichen Gleichbehandlung ernst nimmt, kann die verwässerte Version nicht unterstützen. Der SR wird gebeten, den ursprünglichen Auftrag der Grüne-Fraktion anzunehmen und damit ein klares Zeichen zu setzen, dass in Burgdorf alle Menschen sprachlich repräsentiert sein sollen.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass echte Gleichstellung ein Kernanliegen ist und deshalb dankt man der Grüne-Fraktion für diesen Auftrag und dem GR und der Verwaltung für dessen Beantwortung. Die SP-Fraktion könnte mit beiden Wortlauten leben, allerdings ist schon eine Mehrheit für die Originalformulierung. Die SP-Fraktion wird den Auftrag annehmen und abschreiben. Derzeit laufen die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, auch unter dem Namen «Orange Days» bekannt. Noch nie wurden so viele Frauen wie in diesem Jahr ermordet, einfach weil sie Frauen sind. Echte Gleichstellung führt nachweislich zu weniger Gewalt. Es müssen alle hinschauen, wenn schon nur kleinste Ansätze von Gewalt erkannt werden. Eine Gruppe von Menschen in der Sprache auszuschliessen, einfach nicht zu erwähnen und zu ignorieren, ist auch schon eine ganz subtile Form von Gewalt. Stadträtin Vogt Anette kann von sich sprechen, weil es jedes Mal einen Stich gibt, wenn nur von männlichen Stadträten gesprochen wird. Man fühlt sich nicht angesprochen, sondern ignoriert und das ist nicht lustig. Man ist froh, dass die Stadt Burgdorf mit bewusstem Einsatz von geschlechtergerechter Sprache alle ihre Mitbewohnenden ansprechen und erreichen möchte. So wird nicht nur die Sichtbarkeit aller Geschlechter erhöht, sondern auch ein gesellschaftlicher Wandel hin zu mehr Gleichstellung unterstützt. Das man, wenn möglich, neutrale Bezeichnungen braucht, wenn man alle ansprechen will, unterstützt die SP-Fraktion. Das ist auch gar nicht so schwierig, wie man vielleicht bei der Begrüssungsfloskel vorher hören konnte. Von repräsentativen Umfragen weiss man, dass fast die ganze Bevölkerung die Gleichstellung von Geschlechtern unterstützt. Trotzdem reagiert eine grössere Gruppe negativ, wenn es ums Gendern geht, obwohl sie Gleichstellung grundsätzlich befürwortet. Diese Diskrepanz führt häufig zu eher hitzigen Diskussionen. Das Thema scheint irgendwie grosse Emotionen zu wecken. Vielleicht auch aus diesem Grund gibt es auf Bundesebene und auch auf kantonaler Ebene nur männlich und weiblich. Die Leute, die sich ausserhalb des binären Spektrums zugehörig fühlen, diese ignoriert man halt. Stadträtin Vogt Anette ist persönlich ein Fan

des Gendersterns oder des Genderdoppelpunktes. Sie kann auch problemlos ein Wort lesen, das zum Beispiel mit einem solchem Doppelpunkt geschrieben wird. Man nimmt niemandem etwas weg, wenn man diesen braucht. Für Menschen, die sich nur so angesprochen fühlen, ist das eben ein grosser Unterschied. Stadträtin Vogt Anette unterstützt persönlich den Originalwortlaut. Burgdorf ist doch aus Tradition mutig. Hoffentlich ist es der SR auch und nimmt den Auftrag an, am besten im Originalwortlaut, weil man sich für die Gleichstellung aller Geschlechter einsetzen will.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass sie bei der Arbeit sehr viel mit Schreiben zu tun hat und sie es auch gewohnt ist, die geschlechterneutrale Formulierung zu verwenden. Es muss aber angemerkt werden, dass die gendergerechte Schreibweise, wie zum Beispiel der Stern oder der Doppelpunkt, gerade für beeinträchtigte Menschen sehr schwierig sein kann. Die Programme, die vorlesen, haben immer noch sehr stark Mühe, dies zu formulieren respektive wiederzugeben. Deshalb unterstützt die SVP-EDU-Fraktion die Wortlautänderung des GR.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist, wie auch gegen Gewalt an Frauen und Männern. Gewalt ist generell schlecht. Man muss bei der Sprache nicht eines mehr betonen als das andere. Stadtrat Lauwiner Jonas wird beide Anträge ablehnen. Dies nicht, weil er gegen alles und gegen die Gleichberechtigung ist, sondern weil auf dem Brief der Gemeinde der Name steht und man sich damit angesprochen fühlen kann. Ob jetzt bei ihm Herr oder Frau Lauwiner steht, ist nicht schlimm. Es kann stehen was will, wichtig ist für ihn der Name und Vorname. So ist klar, dass es für ihn ist. Man lebt in einer Demokratie und die Mehrheit zählt. Weil von 100 Leuten vielleicht drei bis sechs Personen sich damit identifizieren können, soll sich deswegen nicht die ganze Verwaltung anpassen müssen. Es macht keinen Sinn. Stadtrat Lauwiner Jonas ist nicht gegen Gleichstellung und will auch diesen Leuten Visibilität geben, damit sie sich angesprochen fühlen. Es ist aber unnötiger Verwaltungsaufwand, auch wenn es ein gutes Zeichen wäre.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt einen spontanen Gedanken. In der Bundesverfassung steht, dass wir Minderheiten schützen.

Abstimmung

Wortlaut: 18 Stimmen

Der Gemeinderat wird beauftragt, die sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter in der internen wie externen Kommunikation der Stadt abzubilden. Dafür ist es unabdingbar, den Genderstern oder den Genderdoppelpunkt als offizielles und obligatorisches Sprachmittel zu nutzen.

Abgeänderter Wortlaut: 22 Stimmen

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die interne und externe Kommunikation der Stadt geschlechtsneutrale Formulierungen zu verwenden. Dabei orientiert er sich an den Vorgaben und Leitfäden von Bund und Kanton.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 22 zu 18 Stimmen dem abgeänderten Wortlaut zu.

Abstimmung

Annahme mit Wortlautänderung des Auftrages und Abschreibung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 33 Ja und 7 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2025-945 | Registratur-Nr. 1.7.1

Überparteilicher Auftrag SP, EVP und Grüne betreffend Aufwertung des Kronenplatzes durch Beschattung

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass dem GR das Stadtklima ein wichtiges Anliegen ist. Mit dem neuen strategischen Leitbild in der Dimension A hat der GR dazu ein spezifisches Handlungsfeld definiert. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes wird für die Altstadt ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept erarbeitet, das wird auch mit Blick auf eine multifunktionale Nutzung und den Denkmalschutz des Kronenplatzes zeigen und wie und wo genau welche Beschaffungsmöglichkeiten möglich sind und wie diese aussehen könnten. In diesem Zusammenhang unterstützt der GR den Auftrag und hat sich für die Annahme ausgesprochen. Noch eine Anmerkung zum Auftrag betreffend Beschaffungsmassnahmen bei der Bushaltestelle auf dem Kronenplatz. Dank dem Alstadtleist gibt es bereits heute eine Beschattungsmöglichkeit mit der Platane, und es hat unter der Platane auch entsprechende Sitzgelegenheiten. Dieser Punkt wäre bereits erfüllt.

Stadträtin Marti Debra, namens der SP-Fraktion, freut sich über den Antrag des GR zur Annahme des Auftrages. Man war aber etwas erstaunt über die Art der Antwort und der Begründung. Es kommt aus der Antwort leider nicht heraus, dass konkrete Lösungen angestrebt werden, was irritierend ist. Ausserdem erscheint es ein wenig zu lange hinausgeschoben, wenn eine Beschattung dieses Platzes erst bei der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes angeschaut und geplant werden soll. Eine Anmerkung zur Platane auf dem Kronenplatz. Sie steht zwar dort, aber ist viel zu weit weg von der Bushaltestelle. Man steht an der Sonne, wenn man dort wartet. Die SP-Fraktion betont, dass auch im Sinne des Stadtklimas diese Beschattung möglichst prioritär behandelt werden soll. Dass der Kronplatz topografisch ein wenig herausfordernd ist mit dem Brunnen und, dass eine temporäre Lösung nicht einfach so schnell möglich ist, sieht man ein. Man hätte sich einfach eine etwas aussagekräftigere Antwort des GR gewünscht. Da aber jede Lösung Geld kostet und hier definitiv ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis angestrebt werden soll, nimmt man die Antwort als Anfang einer Veränderung an. Die SP-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag des GR zu.

Abstimmung

Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 28 Ja und 12 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2025-946 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Adrian Merz betreffend Anschaffung Velo-Waschstation

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass das Wesentliche bereits bekannt ist. Stadtrat Merz Adrian wünscht nicht nur eine Prüfung, sondern eine Auslotung und auch Ausführung des Anliegens. Das Anliegen stösst auf das, was in der Mobilitätsstrategie angedacht ist. Die Mobilitätsstrategie wurde im November verabschiedet. Anfang Jahr wird Gemeinderat Bucher Theophil darüber berichten. Im Massnahmenblatt, auf dem solche Infrastrukturen zur Prüfung vorgesehen sind, wird das Anliegen bearbeitet. Was man tatsächlich umsetzt, liegt erst vor, wenn die Prüfung erfolgt ist. Deshalb macht es wenig Sinn, dass man bereits in diesem Prüfauftrag die Umsetzung fordert. Der GR schlägt deshalb einen angepassten Wortlaut vor. Der SR wird gebeten, den abgeänderten Wortlaut zu überweisen.

Stadtrat Merz Adrian ist unzufrieden und verärgert. Als er in den SR kam, hat man ihm beigebracht, dass man bei einem Auftrag schreiben muss, dass es ausgeführt und nicht nur geprüft werden soll. Ansonsten kann jemand in der Verwaltung das Anliegen googeln und mitteilen, man hätte es geprüft. Stadtrat Merz Adrian hält deshalb an seinem Wortlaut fest und will diesen dem abgeänderten Wortlaut des GR gegenüberstellen. Stadtrat Merz Adrian dankt dem SR, dass man für sein dreckiges Velo einsteht und eine solche Veloplanlage unterstützt.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, freut sich an den Worten des Vorredners. Die SP-Fraktion unterstützt den Originalwortlaut zu 110 Prozent, vor allem aus dem Grund, weil in Burgdorf viele Wege entlang der Emme führen. Wenn es etwas feucht wird, wird das Velo dreckig. Ein dreckiges Velo stellt man nicht gerne in den Keller. Man wäre froh, wenn man das Velo entsprechend waschen kann. Die SP-Fraktion fordert in diesem Sinn die Annahme des Auftrages von Stadtrat Merz Adrian. Die Velowaschstation kann man an einem Ort realisieren mit einer bestehenden Veloinfrastruktur, wie zum Beispiel rund um den Bahnhof.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, begrüsst, dass der GR nebst der allgemeinen Weiterentwicklung des Velowegnetzes auch die ergänzenden Infrastrukturen verbessern will oder die Prüfung vornimmt sowie, dass dies in Abstimmung mit der Mobilitätsstrategie gemacht wird. Die GLP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag zur Annahme des Auftrags mit geändertem Wortlaut. Als Standort würde sich ein Platz rund um den Bahnhof gut eignen. Dies einerseits, weil man dort

viele Velofahrerinnen und Velofahrer hat, und andererseits auch, weil man so vielleicht prüfen könnte, ob die Stiftung intact für den Unterhalt sorgen könnte. Ebenfalls prüfenswert wäre, dass man dieses Angebot auch mit einer elektronischen Pumpstation erweitern oder abrunden könnte. Wer weiss, vielleicht lässt sich auch ein Sponsor finden für die immerhin noch amtierende velofreundlichste Stadt der Schweiz.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass der Bau, Betrieb und Unterhalt von Wäschanlagen für private Fahrzeuge eindeutig keine Aufgabe der Stadt Burgdorf sind. Es spricht auch nichts dagegen, dass ein Fahrrad an einer Autowaschanlage mit Selbstbedienungswaschplatz gereinigt werden kann. In Burgdorf und Umgebung gibt es einige solcher Stationen. Bei einer Velowaschstation braucht es einen geeigneten Standort, das heisst, es braucht einen Wasseranschluss, eventuell sogar einen Stromanschluss. Was wichtig ist, es braucht ebenfalls einen Abwasseranschluss, damit das verunreinigte Abwasser korrekt entsorgt werden kann. Die Velowaschstation kann nicht einfach irgendwo hingestellt werden. Man kann sich deshalb vorstellen, dass die Stiftung intact eine Velowaschstation beim Bahnhof betreibt. Dort wäre die Infrastruktur vorhanden und wohl auch der Bedarf. Dort gibt es Hunderte von Velos pro Tag und die Station soll mit Einnahmen der Nutzer finanziert werden. Es ist wichtig, dass die Velowaschstation nicht noch mit Sponsoren oder anderen Geldern finanziert wird. Das ist bei Autowaschanlagen ebenfalls nicht der Fall. Eine bessere Variante, um die Umwelt zu schonen, sind Eimer, Bürste und Wasser. Damit bleiben die Mechanik und Elektronik des Velos geschützt und das Velo wird trotzdem gründlich sauber. Die Mitte-Fraktion wird deshalb den Auftrag von Stadtrat Merz Adrian ablehnen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, als er klein war, fuhr er mit dem Velo gerne durch den Dreck. Das Velo hat er dann zuhause selbst mit einem Putzlappen geputzt. Es geht ganz einfach. Der Steuerzahler muss das nicht bezahlen. Das Velo kann man selbst zuhause putzen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass ein Malheur passiert ist. Die SP-Fraktion stimmt für den geänderten Wortlaut des GR. Die Richtigstellung erfolgt zuhanden des Protokolls.

Abstimmung

Wortlaut: 10 Stimmen

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Möglichkeit zur Anschaffung oder Miete einer festinstallierten Velowaschanlage auszuloten und auszuführen.

Abgeänderter Wortlaut: 30 Stimmen

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Möglichkeit zur Anschaffung oder Miete einer festinstallierten Velowaschanlage zu prüfen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 30 zu 10 Stimmen dem abgeänderten Wortlaut zu.

Abstimmung

Annahme mit Wortlautänderung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 23 Ja und 17 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2025-947 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation SP-Fraktion betreffend Friedhofcafé für Burgdorf

Verhandlung

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die Beantwortung der Interpellation. Die SP-Fraktion ist mit der Antwort teilweise befriedigt. Man hätte sich handfestere Antworten gewünscht. Dass es nicht eine Bringschuld der Stadt Burgdorf ist, so ein Friedhofscfé zu betreiben, ist man sich einig. Man hat ebenfalls festgestellt, dass so etwas wohl nicht ohne erheblichen freiwilligen Einsatz betrieben werden kann. Vielleicht fühlt sich ein Verein oder eine Gruppierung angesprochen. Interessierte müssten sich in diesem Fall bei der Stadt Burgdorf melden. Die SP-Fraktion anerkennt, dass sich die Verwaltung der Problematik der Suche nach einer Lokalität bewusst ist und bereits nach Lösungen gesucht hat. Das Votum könnte man entsprechend als Aufruf nutzen, um die Wirte und Wirtinnen zu sensibilisieren. Hinter einer Suche nach einer Grebt-Lokalität stehen immer traurige Menschen. Diese möchten den Tag der Beerdigung in der Gesellschaft verbringen, und wenn da noch die Suche nach einem geeigneten Lokal eine Herausforderung bietet, ist das unschön.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2025-948 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Wahl des Stadtratsbüros 2026
der Präsidentin / des Präsidenten
der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten
der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten
von 2 Stimmenzähler**

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass an der heutigen Stadtratssitzung das Stadtratsbüro für das Jahr 2026 gewählt wird.

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass die Grüne-Fraktion Merz Adrian als Stadtratspräsident vorschlägt.

Abstimmung

Wahl Merz Adrian als Stadtratspräsident 2026.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 29 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Merz Adrian als Stadtratspräsident 2026.

Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass die SVP-EDU-Fraktion Wüthrich Urs als 1. Vizepräsident 2026 vorschlägt.

Abstimmung

Wahl Wüthrich Urs als 1. Vizepräsident 2026.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 29 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Wüthrich Urs als 1. Vizepräsident 2026.

Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass die SP-Fraktion Bannwart Gabriela als 2. Vizepräsidentin 2026 vorschlägt.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Bannwart Gabriela das Durchschnittsalter im SR herunterzieht, hat aber so viel Erfahrung wie fast niemand hier. Stadträtin Bannwart Gabriela ist seit April 2016 im SR und hat deshalb viel Erfahrung und viele Kompetenzen. Die SP-Fraktion schlägt Stadträtin Bannwart Gabriela als 2. Vizepräsidentin 2026 vor und empfiehlt sie zur Wahl.

Abstimmung

Wahl Bannwart Gabriela als 2. Vizepräsidentin 2026.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 29 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Bannwart Gabriela als 2. Vizepräsidentin 2026.

Wahl von 2 Stimmenzählern

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass die FDP-Fraktion Grimm Jürg und die Mitte-Fraktion Suter Marcel als Stimmenzähler vorschlagen. Die Wahl der beiden erfolgt gemeinsam.

Abstimmung

Wahl Grimm Jürg und Suter Marcel als Stimmenzähler 2026.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 38 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen Grimm Jürg und Suter Marcel als Stimmenzähler 2026.

Stadtratspräsident Schärf Philipp gratuliert den Gewählten und wünscht viel Freude im Amt.

SRB: 2025-949 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Jonas Lauwiner, König JL im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Aufhebung Pissoirverzicht in Toiletten von Schulhausneubauten und –umbauten
- Auftrag glp-Fraktion betreffend Weiterentwicklung der Kulturförderung nach dem Vorbild der Sportförderung
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Entsorgungsboxen für Pizzakartons an neuralgischen Punkten in Burgdorf
- Auftrag SVP-EDU-Fraktion betreffend Sport stärken – Burgdorf stärken: Aktualisierung des Sportleitbilds
- Motion Jonas Lauwiner, König JL im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Streichung von Art. 22 des Gemeindepolizeireglements (GPR)
- Dringliches überparteiliches Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Sicherstellung der suchtmedizinischen Versorgung in Burgdorf (Das Stadtratsbüro hat der Dringlichkeit zugestimmt.)
- Überparteiliche Interpellation SP, EVP, Grüne, GLP, die Mitte, FDP, SVP/EDU und Jonas Lauwiner betreffend Begleitung von öffentlichen Beschaffungen
- Interpellation SVP-EDU-Fraktion betreffend Dienstreise des Stadtpräsidenten mit Teilen der Verwaltung nach Kopenhagen
- Interpellation glp-Fraktion betreffend Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen und Mehrfachbelastungen

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Müller Vicky seit zweieinhalb Jahren im SR ist. Sie ist eine unermüdliche Kämpferin für Gerechtigkeit, mit Spezialgebiet Genderfragen, wie man heute erleben konnte. Sie demissioniert aus dem SR per Ende Jahr aufgrund persönlicher Veränderungen sowie Umzug in eine andere Gemeinde. Die Grüne-Fraktion dankt ihr für ihren Einsatz im SR. Stadtrat Hedinger Christian überreicht ihr ein Geschenk.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass Stadtrat Thompson Ian seine Demission aus dem Stadtrat per Ende Jahr eingereicht hat. Nach acht Jahren im SR, im Jahr 2018 hat er das Amt übernommen, wird er zurücktreten und neuen Leuten in der Partei Platz machen. Er war ein unermüdlicher Kämpfer für Transparenz, Finanzen und Kennzahlen, und hat sich stark dafür eingesetzt. Stadtrat von Känel Ulrich dankt ihm für die Zeit, die er in der Fraktion verbracht hat und diese mit seinen Voten, Gedanken und Vorschlägen bereichert hat. Man hat die Zeit sehr geschätzt und es ist schade, dass er aufhört. Erst jetzt hat man erfahren, dass er sehr gerne im Garten ist und zu diesem Zweck überreicht Stadtrat von Känel Ulrich ihm ein Geschenk, das er im Garten einsetzen kann, sowie etwas Handfestes, das er dann mit den Erträgen entsprechend geniessen kann.

Schlussworte Stadtratspräsident Schärf Philipp

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, lieber Stadtpräsident, liebe Gemeinderäte, liebe Anwesende. Nach sieben Stadtratssitzungen und über dreissig Anlässen darf ich heute das letzte Mal in meiner Rolle zu ihnen sprechen. Ich habe Burgdorf in dieser Zeit noch einmal ganz neu kennengelernt, nicht über Akten oder Traktandenlisten, sondern über Menschen, über Gespräche, über Engagement, über Vereine, über Kulturschaffende, über Freiwillige. Ich habe unglaublich viel Wissen, Begabungen, Herzblut und ganz, ganz viel ehrenamtliche Arbeit erleben dürfen. Wie vielfach es war, ist das, was mich tief beeindruckt hat. Und sie macht diese Stadt genau so aus, wie sie ist, sie ist unser Kind, das alles zusammenhält. Ja, ich bin wirklich wehmütig und muss schauen, dass ich jetzt nicht ein Tränchen verdrücke. Das Jahr war intensiv, fordernd, emotional und vor allem sehr schön. Gleichzeitig freue ich mich auch darauf, nach zwei Jahren wieder hinten im Rat zu sitzen, mit euch noch mehr in die Debatte zu gehen, zu ringen, Position zu beziehen, Verantwortung zu tragen, zusammenzukommen im Stadtrat. Ein Ort, der für mich sinnbildlich auch genau dafür steht, um zusammenzukommen, ist die Schützenmatt. Ein traditioneller Ort, geprägt von Anlässen wie Solätte, und gleichzeitig ein Ort, an dem Neues entsteht, vielleicht auch erst, wenn man es ein bisschen spürt, aber mal schauen, was sich daraus entwickelt. Wo man plötzlich in einer Sauna aufs Schloss schaut, wo Kinder und Jugendliche Sportmaterial aus einer Box ausleihen können, wo man zusammenkommt, verweilt, diskutiert, an einem Ort, der einfach schön ist. Dort genießt man, wo Burgdorf zum Leben erwacht, früher wie heute. Und genau dort, das ist jetzt meine Überleitung, im Burgdorfer Schützenhaus, dürfen wir unseren gemeinsamen Jahresabschluss verbringen. Nicht mit langen Reden, sondern mit Gesprächen, mit einem feinen Essen, mit Lachen, vielleicht auch mit einem kleinen Staunen, ihr werdet es dann sehen. Und mit dem Schnitzer und dem Pin, den sie heute hier bekommen haben, könnt ihr mit einem geschärften Blick und neu mit Burgdorf in das neue Jahr 2026 starten. Es ist ein kleines Merci an euch. Und am Schluss möchte ich euch einfach Danke sagen für das Vertrauen, für die Zusammenarbeit, für die Geduld, für den Humor, für die Reibung, für das Miteinander. Und auch wenn wir jetzt vielleicht wegen des wichtigsten Geschäfts nicht so zufrieden sind miteinander, hoffe ich trotzdem, dass wir in Kontakt bleiben und in Zukunft Burgdorf vorwärtsbringen. Ich möchte mit einem Satz schliessen, ich kann es einfach nicht lassen, aber den muss ich mir auch immer selbst wieder in Erinnerung rufen: «Wir schaffen das alles nur zusammen».

Stadtrat Merz Adrian dankt dem Vorsitzenden für seine schönen Worte. Der SR dankt ihm für seine kompetente und effiziente Sitzungsleitung. Eigentlich wollte Stadtrat Merz Adrian eine kleine Laudation halten, aber man will jetzt essen gehen. Er wollte zuerst einen Rückblick machen. Welches war der beste Vorstoss, welcher der schlechteste oder beschissenste. Lustigerweise hat der beschissenste Vorstoss etwas mit Pissoirs zu tun. Wir vergeben heute Abend aber nur einen Preis und das ist der Preis für das beste Stadtratspräsidium 2025. Diesen Preis hat Stadtratspräsident Schärf Philipp redlich verdient. Die Kommission sass lange zusammen und fand dann, dass der Vorsitzende das beste Stadtratspräsidium 2025 abgeliefert hat. Stadtrat Merz Adrian überreicht Stadtratspräsident Schärf Philipp das Geschenk, ein FCB-Stiefel auf blau-rotem Teppich mit gelb-schwarzem Inhalt. Vielen Dank für die tolle Zeit.

Stadtratspräsident Schärf Philipp dankt für die netten Worte und das tolle Geschenk. Das anschließende Jahresschlusssessen des SR findet im Schützenhaus statt.

Burgdorf, 9. Januar 2026

Namens des Stadtrates:



Philipp Schärf
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin